

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Son- und Feiertag, mittags

für Stadt



Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Königsstraße 29/31

und Land



Fernsprecher Nr. 83 und 131
Postfachkonto Nr. 5796
Scheidt-Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalt. Millimeterzeile oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 161.

Herford, Montag, den 12. Juli 1920

38. Jahrgang.

Noch keine Entscheidung in der Kohlenfrage.

Ein Drittel des Industriebedarfs soll genügen — Hue und Stinnes auf der Konferenz — Die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge überreicht.

Deutschland hat die Entwaflnungsforderungen in Spa unterzeichnet in der Hoffnung, daß ihm in wirtschaftlicher Hinsicht Zugeständnisse gemacht werden würden. Bisher ist die Hoffnung darauf aber nur sehr schwach. Die Kohlenfrage hat recht lange, bisher aber ganzlich unbefriedigende Erörterungen ausgesetzt. Auch auf diesem Gebiet versuchten Lloyd George und Millerand zu diktieren, als ob die deutschen Unterhändler lediglich darum nach Spa gefahren wären, um Befehle der Franzosen entgegen zu nehmen. Wir sind besorgt, das deutsche Volk liegt ohnmächtig am Boden, aber der Wiederaufbau Europas, um den es letzten Endes in Spa geht, ist ohne deutsche Arbeitskraft und ohne deutsche Unternehmungslust gar nicht denkbar. Der Großindustrielle Hugo Stinnes und der Bergarbeiterführer Hue haben diese Tatsache mit aller nur möglichen Wertschätzung im westfälischen Deutschland am Sonnabend den immer noch im Siegesrausch schwelgenden Diplomaten vor Augen geführt und ihnen gesagt, was es bedeuten würde, wenn Deutschland bei diesem Werk ausgeschaltet würde.

Die Vorschläge des Außenministers Simons auf Behebung der Kohlenfrage in einem Unterausschuß von Sachverständigen sind am Sonnabend angenommen, gestern aber hat Millerand vor Beginn der Vollkonferenz geäußert, daß eine Verständigung nicht erzielt worden sei. Trotzdem hat Simons am Sonntag nachmittag nach anfänglichem Sträuben die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge überreicht, wahrscheinlich, um den Franzosen zu zeigen, welche Leistungen Deutschland überhaupt zu bieten in der Lage ist. Was die Anerkennung der Kohlenforderungen Frankreichs für uns bedeuten würde, wird an anderer Stelle weiter unten ausgeführt. Wir haben gemäß des Versailler Vertrages für die Dauer von zehn Jahren an Frankreich mindestens 27 Millionen, an Belgien 8 und an Italien zunächst 6 Millionen Tonnen Kohlen zu liefern. Das sind 41 Millionen Tonnen oder rund 3 Millionen Tonnen monatlich. Nun beträgt die Gesamtsteinkohlenförderung Deutschlands monatlich nicht mehr als 8 oder 9 Millionen Tonnen. Freie Verfügungsgewalt haben wir eigentlich nur noch über das Ruhrgebiet. Oberhalbessen wird selbstherrlich von den Verbündeten verwaltet, die auch die Verteilung der Kohlenmengen bestimmen. Nun lieferte das Ruhrkohlengebiet vor dem Kriege jährlich etwa rund hundert Millionen Tonnen Steinkohlen. Die Förderung ist gegenwärtig auf 80 bis 90 Millionen Tonnen zurückgegangen. Werden hiervon 40 Millionen für den Verband vorwegbeschlaggenommen, so können wir auch die kümmerlichen Reste unseres Wirtschaftslebens nicht mehr aufrecht erhalten, es sei denn, daß Oberhalbessen beim Reiche bleibt, da die Steinkohleerzeugung dieses Gebietes etwa 46 Millionen Tonnen beträgt. Mit Braunkohlen, die wir ja in erheblichen Mengen fördern, wird sich der Verband nicht abgeben lassen. Er verlangt beste deutsche Steinkohle, wie sie in gleicher Güte weder von den belgischen noch von den französischen Gruben gefördert wurden. Wie ungerecht an sich die Kohlenaufgabe des Versailler Vertrages ist, geht u. a. daraus hervor, daß Italien zunächst 6 und später 8 Millionen Tonnen zugesichert sind, obgleich Italien vor dem Kriege nicht mehr als 700—800 000 Tonnen Steinkohlen aus Deutschland bezog.

Aber da wir nun einmal den Krieg verloren haben, müssen wir für unsere Gegner frohden. Daran ändern große Redensarten nicht das allergeringste. Die Ketten, die uns geschnitten sind, sind grausam, und es wird und muß ja der Augenblick kommen, wo wir sie abschütteln, weil anders die Welt nicht zur Ruhe kommen kann. Heute aber müssen

Das Neueste vom Tage.

Der Verfassungsausschuß der Preussischen Landesversammlung beendete die erste Lesung des Verfassungsentwurfes.

Eine Studienkommission der deutschen Unabhängigen, der sich auch der Kommunist Dr. Rebh angeschlossen hat, ist gestern nach Sowjetrußland abgereist. Auch eine Kommission industrieller Sachverständiger soll demnächst die Reise dorthin antreten.

Nach einer Mitteilung Bonas Javos haben die Alliierten von Deutschland die Auslieferung von 892 Personen gefordert. Davon solle jedoch ein Teil durch das Reichsgericht abgeurteilt werden.

Die erste Zusammenkunft der Völkerverbundsammlung ist auf den 15. November festgesetzt worden.

Die russische Frage soll in Spa nicht besprochen werden. Der Hohe Rat befaßt sich jedoch mit einem Memorandum über die erste Lage, die für die Polen durch das Vordringen der roten Armee entstanden sei.

In Deutsch-Böhmen ist der Generalstreik ausgebrochen. Der Hauptgrund dafür ist in der furchtbaren Nahrungsmittelnot zu suchen. Der Streik erstreckt sich auf alle Klemmer und Anstalten.

Der ungarische Reichsverweser beauftragte den Grafen Stephan Bethlen behufs Lösung der Regierungskrisis mit den Parteien Fühlung zu nehmen.

Die italienische Kammer sprach dem Ministerium Giolitti mit 265 gegen 146 Stimmen das Vertrauen aus.

In Peking befürchtet man bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der japanfreundlichen Partei und ihren Gegnern. Im Heer haben beide Parteien fast gleichen Anhang.

wir mit Vernunft und Sachlichkeit überlegen, wie wir mit unsern Gegnern in ein erträgliches Verhältnis kommen können. Darum ist es im Interesse des deutschen Volkes, wenn seine Beauftragten in Spa bis an die Grenze des überhaupt Möglichen gehen und mit ernstlichen Vorschlägen in der Kohlenfrage kommen. Die Franzosen wollen 2½ Millionen Tonnen monatlich, die Deutschen haben 1,2 Millionen in Aussicht gestellt. Die Franzosen können haben, was sie verlangen, wenn sie sich verpflichten, alle deutschen Arbeitslosen unterzubringen. Solange sie darauf aber nicht eingehen, gibt es auf das französische Begehren nur ein glattes Nein, wie das auch Hue gestern ausgesprochen hat.

Das deutsche Volk mag sich darüber klar sein, daß es in Spa um seine Zukunft geht.

Vorschläge Simons.

Wth. Spa, 10. Juli. Die heutige Sitzung der Konferenz wurde um 11 Uhr eröffnet. Minister

Dr. Simons

erklärte, daß er den Alliierten nicht das Recht zu den beabsichtigten Maßnahmen zugestehen könne, da ein böswilliges Unterlassen Deutschlands bei der Nichterhaltung der Kohlenlieferung nicht vorliege; Maßregeln, die wieder Deutschland als Diktat auferlegt werden sollten. Die deutsche Regierung habe beabsichtigt, in der mit der ganzen Wiedergutmachungsfrage zusammenhängenden Kohlenfrage bestimmte Pläne vorzulegen, welche den berechtigten Ansprüchen der Alliierten und besonders denen Frankreichs Rechnung trügen. Er hätte es für zweckmäßig gehalten, wenn die ganze Frage von einer Sachverständigenkommission geprüft würde, neben der Deutschland noch drei andere Kommissionen vorschlagen wollten: eine für die technischen Fragen der industriellen Lieferungen an die Alliierten, die zweite für die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete und die dritte für die Wirtschaftsfragen, über deren Finanzierung der deutschen Sach- und Arbeitsleistungen und der internationalen Geldfragen überhaupt. Die Kohlenfrage sei für alle die schwerwiegendste, sie könne nur im Einverständnis mit den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern gelöst werden. Er

bäte daher darum, die anwesenden Vertreter dieser beiden Gruppen zu Worte kommen zu lassen; sie sprächen nicht im Namen der Regierung, sondern was sie hier sagten, sei ihre persönliche Ansicht und die Ansicht derer, die sie vertreten.

Hugo Stinnes

ergriff hierauf das Wort und führte im einzelnen aus, was bereits geschehen sei, um die Förderung von Kohle zu erhöhen, und was zur weiteren Erhöhung der Förderung noch in Aussicht genommen sei. Er wandte sich in scharfer und ausdrucksvoller Weise gegen die Drohung, daß die Entente bei Nichterfüllung der von ihr gestellten Bedingungen ins Ruhrgebiet einmarschieren würde; sie würde dann keineswegs eine vermehrte Förderung erzielen, sondern die Folge würde sofort ein wesentliches Herabsinken der Förderungsziffern sein. Die Bedingungen des Bergbaues seien ohnehin durch die Bedingungen des gestrigen abgeschlossenen militärischen Abkommens außerordentlich erschwert, da es nur unter erheblichen Anstrengungen möglich sein werde, die einzelnen Punkte zur Durchführung zu bringen.

Als Vertreter der Bergarbeiter erklärte

Hue,

daß die deutsche Bergarbeiterchaft, obgleich enttäuscht durch die langjährige Hungersnot und durch die ungünstigen Verhältnisse, sich entschlossen habe, die Mehrförderung an Kohle, die in erster Linie Frankreich zugute komme, durch Leistung von Ueberschüssen zu erfüllen. Die Arbeiterchaft Deutschlands stehe aber, wie die Frankreichs, Englands und Amerikas, auf dem Standpunkte, daß das erstrebenswerte Ziel die Sechsstündenschicht sei. Die ganze Kohlenfrage sei eine internationale Frage, die nur durch internationale Abmachungen gelöst werden könne. Die Vertreter der deutschen Arbeiterchaft seien gern nach Spa gekommen, um an diesen internationalen Aufgaben mitzuarbeiten, die Alliierten sollten aber nicht glauben, daß die Diplomaten am grünen Tisch irgend etwas feststellen könnten, wenn die Arbeiter nicht bereit seien, es auszuführen. Er hoffe, daß die Alliierten ihnen Gelegenheit geben würden, in einer Sachverständigenkommission in nähere Besprechungen einzutreten.

Die Sitzung wurde darauf auf 4½ Uhr nachmittags vertagt.

Mißvergügen des Temps über Hues Rede.

Paris, 10. Juli. Die Rede des Abg. Hue in der heutigen Vormittagssitzung der Konferenz von Spa bereitet dem Temps sichtlich Unbehagen. Wenn die westfälischen Bergarbeiter sich tatsächlich weigern sollten, zu arbeiten, um die Kohlenbedürfnisse Frankreichs zu befriedigen, so glaubt der Temps, daß man dem dadurch abhelfen könne, daß man in Westfalen eine internationale Ernährungskommission einrichte. Der Temps ist überzeugt, daß dadurch die Kohlenförderung zunehmen würde und daß auch die Kontrolle über die Ausfuhr deutscher Kohlen erleichtert werde.

Kommissionsberatung.

Wth. Spa, 10. Juli. In der heutigen Nachmittags-sitzung der Konferenz erklärte Millerand im Namen der Alliierten, daß die Entente es für höchst wünschenswert halte, daß man sich mit Deutschland durch Sachverständigenberatungen über die Kohlenfrage so rasch wie möglich einigte. Er schlug deshalb den sofortigen Zusammentritt der beiderseitigen Sachverständigen zu Kommissionsberatungen vor. Die deutsche Delegation stimmte zu und die beiderseitigen Sachverständigen traten sofort zu einer Sitzung zusammen. Nach einer Pause machte Minister Dr. Simons längere Ausführungen über die Wiedergutmachungsfrage und erklärte sich bereit, die deutschen Vorschläge in kürzester Zeit schriftlich, voraussichtlich bis morgen abend, vorzulegen. Die Sitzung wurde darauf auf Sonntag 5½ Uhr nachmittags zur Entgegennahme des Berichtes der Kohlenkommission vertagt.

Spa, 10. Juli. Nach Abschluß der gestrigen Sitzung traten die deutschen Minister zu einer Beratung zusammen, wozu auch die deutschen Sachverständigen zugezogen waren, um eine Prüfung des Beschlusses der Alliierten vorzunehmen. Minister Simons wohnte der Sitzung bei, die um 10 Uhr begann und bis in die späten Nachstunden dauerte.

Wth. Spa, 10. Juli. Die Minister und die Kohlenfachverständigen sind heute abend zu Beratungen zusammengetreten.

Wth. Spa, 10. Juli. Der Minister des Auswärtigen Dr. Simons hatte heute eine Besprechung mit dem bayerischen Staatsrat Meindl.

Was uns droht.

Spa, 10. Juli. In Uebereinstimmung mit der Auffassung der deutschen Delegation wird die Konferenzlage in den Kreisen der wirtschaftlichen Sachverständigen als ernst bezeichnet. Es wird geltend gemacht, daß die von der Entente vorgeschlagene Regelung der Kohlenfrage in dieser Form praktisch gar nicht durchführbar ist, und daß sie zu den schwersten wirtschaftlichen und sozialen Schädigungen führen müßte.

Bei den gestern abend erfolgten Beratungen der deutschen Sachverständigen und Minister kam erst die volle Schwere der Forderungen richtig zum Verständnis. Besonders die Kohlenkontrollkommission, ohne deren vorherige Genehmigung keinerlei Kohlenzuteilung stattfinden soll, würde die deutsche Industrie in völlige Abhängigkeit von den Alliierten bringen. Wäre es doch möglich, durch Nichtbewilligung von Zuteilungen an bestimmte Industrien diese vollständig lahmzulegen und zu vernichten. Der Handels- und Industrieausschuss wäre für und Tor geöffnet. Auch die Vorlegung eines detaillierten Kohlenwirtschaftsplanes erklärten die deutschen Sachverständigen für eine völlige Unmöglichkeit. Ein solcher Plan könne nur aus völliger Unkenntnis der deutschen Verhältnisse kommen. Deutschland habe das System der vorzugsweisen Belieferung lebenswichtiger Betriebe, wobei beispielsweise Unternehmungen, die mit einem Kohlenminimum ein Maximum von Arbeitern beschäftigen, naturgemäß bevorzugt werden. Da diese auch unter die Kontrolle der Entente kommen, so ist die Möglichkeit der Verweigerung von Kohle an solche Betriebe aus und so drohe jeden Tag eine unvorhergesehene Wirtschaftskatastrophe. Dazu kommt noch, daß im Falle der Nichterfüllung der Bedingungen Strafbestimmungen von unabsehbarer Tragweite vorgesehen sind. Man sprach auch schon wieder davon, daß dabei die drohende Befreiung des Ruhrgebietes eine Rolle spiele. Zu alledem soll die deutsche Regierung sich verpflichten, gewissermaßen für das deutsche Volk einen Selbstmordplan zu unterzeichnen. Jedenfalls hielten die Sachverständigen eine Unterschrift für unmöglich. Ob es gelingen wird, dieser Erkenntnis der deutschen Sachverständigen, sowie der Arbeiterbetreuer und damit der Stimme der Vernunft Gehör zu verschaffen? Niemand weiß es.

Deutschlands Kohlenangebot.

wtb. Spaa, 11. Juli. Bei Beginn der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende

Ministerpräsident de la Croix

mit, daß der britische Ministerpräsident unzufrieden sei und daß daher die Entscheidung in der Kohlenfrage, über die die beiderseitigen Sachverständigen seit gestern beraten hätten, bis zur morgigen Sitzung verschoben wird. Er richtete daher an die deutsche Delegation die Frage, ob sie bereit sei, die von ihr für heute nachmittags zugelagten Wiedergutmachungsvorschläge vorzulegen. Reichsminister

Dr. Simons

entgegnete, die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge seien fertiggestellt und hätten der Konferenz im Laufe dieses Nachmittags zugehen sollen. Er habe indessen unmittelbar vor der Sitzung erfahren, daß bei den Kommissionsverhandlungen zwischen den beiderseitigen Sachverständigen für die Kohlenfrage keine Einigung erzielt worden sei. Wegen der grundlegenden Bedeutung der Kohlenindustrie für das deutsche Wirtschaftsleben seien die deutschen Delegierten nicht imstande, Vorschläge für die Wiedergutmachung vorzulegen, solange die Kohlenfrage unerledigt sei.

Ministerpräsident Millerand

erklärte, daß ihn diese Mitteilung beunruhige. Er verlas den Bericht der alliierten Sachverständigen, betonte indessen, daß die Entscheidung der alliierten Regierungen erst morgen stattfinden werde und ersuchte erneut um Überreichung der deutschen Wiedergutmachungsvorschläge. Reichsminister

Dr. Simons

führte darauf aus, daß nach dem von Herrn Millerand verlesenen Bericht von Deutschland monatlich das zweieinhalbfache des in dem deutschen Kohlenwirtschaftsplan angelegten Kohlenquantums verlangt werde, wonach der deutschen Industrie nur ein Drittel ihres notwendigen Kohlenbedarfes verbleiben würde. Auf sein Ersuchen wurde die Sitzung für den Zweck einer internen Besprechung der deutschen Delegierten kurze Zeit vertagt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Reichsminister Dr. Simons, daß die deutschen Delegierten angesichts der Versicherung der Herren Millerand und de la Croix, daß die Entscheidung in der Kohlenfrage erst morgen gefaßt werden wird, beschloffen haben, die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge zu überreichen und händigte mehrere Exemplare derselben dem Generalsekretär der Konferenz ein. Er ersuchte dabei die Konferenz, die Gesamtheit der deutschen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag an der Hand dieser als ein unteilbarer Plan einzusehender Vorschläge zusammen mit der Kohlenfrage zu prüfen und vorläufig eine Entscheidung in letzterer auszusprechen. Weiter betonte der Minister, daß nach Auffassung der deutschen Delegierten der Zweck der Konferenz von Spaa der sein sollte, anstelle der einseitigen Festlegung der deutschen Leistungen aus dem Friedensvertrag gemäß des Artikels 233 durch die Wiedergutmachungskommission eine Festlegung

auf Grund freier gegenseitiger Aussprache

treten zu lassen. Ministerpräsident Millerand entgegnete unter Verweisung des in San Remo gefaßten Beschlusses, daß der Vertrag von Versailles einschließlich des Artikels 233 die Grundlage der Besprechungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten bleibe. Die Sitzung wurde darauf auf Montag 11 Uhr vormittags vertagt.

tu. Spaa, 12. Juli. (Eig. Drahtb.) Ueber die Beratungen der Sachverständigen in der Kohlenfrage verlautet, daß die Franzosen im wesentlichen an den von Millerand der Konferenz vorgelegten Entschlüssen festhalten. Der Sonderberichterstatter der T. U. meldet dazu, daß im Punkt 3 der genannten 4 Punkte dieser Entschlüsse ein Zugeständnis gemacht worden sei und zwar in der Richtung, daß die in Berlin einzusetzende Kontrollkommission sich nur allgemein mit dem Verteilungsplan der Kohlen in Deutschland zu befassen, nicht aber in die Frage der einzelnen Belieferung eingreifen hat. Ueber die genaue Auslegung der recht unklaren Bestimmungen ist noch nicht entschieden worden. Von deutscher Seite ist eine Grundleistung von einer Million Tonnen monatlich zugestanden worden, die je nach Vermehrung der Produktion erhöht werden soll. Später wurde diese Menge auf 44 000 Tonnen für den Arbeitstag berechnet und den Alliierten vorgelegt. Dabei wurde betont, daß die Erfüllung dieser Leistung von einer ganzen Reihe besonderer Umstände abhängig sei und es sich darum nicht um ein festes Programm handeln könne. Die Gegenseite lehnte diesen Einwand vollkommen ab und bestand auf einer festen Verpflichtung von 2 1/2 Millionen Tonnen monatlich. Mit Rücksicht darauf, daß durch solche Leistungen die deutsche Industrie auf ein Drittel ihrer Belieferung herabgesetzt wird und daher mit Sicherheit schwere wirtschaftliche und soziale Schäden herbeigeführt würden, lehnten nicht nur die Vertreter des deutschen Unternehmertums, sondern ebenso entschieden die deutschen Arbeiterbetreuer die Forderungen ab. Sie erklärten dabei, man sei bereit, den Gegenvorschlag anzunehmen, wenn die französische Regierung die Verpflichtung übernehmen wolle, für die Hunderttausende von Deutschen zu sorgen, die arbeitslos und auf die Straße gesetzt werden würden.

Foch nach Paris abgereist.

L.L. Spaa, 12. Juli. (Eig. Drahtb.) Marshall Foch ist nach Paris abgereist.

Deutscher Sieg in Ost- und Westpreußen.

Das Abstimmungsergebnis.

Was wir alle erhofft haben, ist eingetreten, unsere Brüder in Ost- und Westpreußen haben ein ergreifendes Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt. Die uns bisher bekannten Abstimmungsziffern sind flüchtige Ohrfeigen für die Entente, die dem geradezu wahnwitzigen polnischen Ausdehnungsdrang gegenüber zu jedem Zugeständnis bereit gewesen ist. Unsern deutschen Brüdern, die selbst in dieser Stunde der Not und Gefahr (Spaa) ohne Wanken und Schwanken zu uns stehen. Dank, Gruß und Handschlag!

Die letzten Meldungen lauten:

L.L. Allenstein, 12. Juli. (Eig. Drahtb.) Nach der GesamtAbstimmung in Ostpreußen ergaben sich für Deutschland 110 129, für Polen 1131 Stimmen, davon im Kreise Olsztyn 21 000 deutsche, 1 polnische, im Kreise Opatowitz 8329 deutsche und 7 polnische, im Kreise Olsztyn 30 000 deutsche und 9 polnische, im Kreise Sensburg 25 000 deutsche und 24 polnische und im Kreise Allenstein 16 752 deutsche und 349 polnische Stimmen.

wtb. Marienwerder, 12. Juli. Die Abstimmung in Westpreußen gestaltete sich zu einem ungeheuren Sieg Deutschlands. Nach den bis 2 Uhr morgens vorliegenden Ergebnissen sind für Deutschland 59 827 und für Polen 5144 Stimmen abgegeben worden. 118 Ortsgemeinden bzw. Gemeinden haben sich für Deutschland, nur 16 für Polen entschieden.

L.L. Amsterdam, 12. Juli. (Eig. Drahtb.) Millerand erklärte Journalisten in Spaa, die Alliierten hätten den einmütigen Willen bezeugt, den Frieden von Versailles nicht nur durchzuführen, sondern noch zu verstärken.

Die Rede von Stinnes.

wtb. Spaa, 10. Juli. Die Rede, die Hugo Stinnes in der heutigen Vormittagsitzung der Konferenz hielt, lautete: Ich spreche stehend, damit ich meinen Zuhörern ins Auge sehen kann. Sie werden mir gestatten, freimütig zu sprechen. Herr Millerand hat gestern erklärt, daß er aus Courtoisie bereit sei, die deutschen Vertreter zu hören. Wer nicht von der Siegerkrankheit unheilbar befallen ist, der wird mit den jetzt üblich gewordenen „Decisionen“ es nicht genau nehmen. Sie sind das Ohr, durch das die europäische, ja die ganze Welt hören will, was wir Deutsche in einer europäischen Lebensform, die ohne unsere tätige Mitwirkung nicht zu Stande ist, zu sagen haben. Ich spreche somit

aus natürlichem Recht, nicht aus Höflichkeit geduldet.

hier oder anderswärts. Die Zahlen des Herrn Millerand kann ich hier, soweit sie Frankreich betreffen, nicht anerkennen, auch nicht zahlenmäßig bekräftigen. Soweit sie sich auf den Versorgungsgrad Deutschlands beziehen, der zu 79 Prozent, im allgemeinen zu 65 Prozent in der Eisenindustrie angegeben wird, sind sie unrichtig. Als deutscher Industrieller weiß ich aus eigenen vieljährigen Erfahrungen, daß die Versorgung leider nicht annähernd 80 Prozent beträgt. Anerkennen muß ich, daß die französischen Versorgungsverhältnisse ebenfalls unzureichend schlecht sind und daß, ganz abgesehen vom Friedensvertrag von Versailles, der zwar ein Recht geschaffen hat, aber ein

einem armen, ausgehungerten Volke abgepreßtes,

ein gleichsam natürliches Unrecht auf französischer Seite besteht, daß jeder deutscher Unternehmer und Arbeiter das Ausserletzte tut, um dem im Kriege erfolgreichen Frankreich aus seinem jetzigen Zustand schnellstens zu helfen. Wir haben gestern Vorwürfe über eine unerhörte rechtswidrige Handlungsweise betr. Kohlenlieferung, von deutscher Seite gehört. Wie sieht die Wirklichkeit aus? Ein Rechtsanspruch auf Kohlenlieferung vor dem 10. Januar 1920 plus 120 Tage, d. h. also 10. Mai 1920, bestand überhaupt nicht. Was vorher geleistet worden ist, geschah aus einem natürlichen Rechtsgefühlsgefühl heraus, das sich jetzt als falsche Sentimentalität erweist. Im Frühjahr 1919 betrug die Förderung im Ruhrgebiet, das für die unmittelbaren Lieferungen an Frankreich ausschlaggebend ist, rund 220 000 Tonnen täglich. Sie ist jetzt auf

235 000 Tonnen

gestiegen. Damals wurde schon in Erkenntnis der kommenden Entwicklung seitens der Bergwerksbesitzer im Einvernehmen mit den Gewerkschaften der deutschen Regierung eine Siedelung von Bergleuten in den Bergwerksbezirken bisher niemals gehörten Umfangs vorgeschlagen. Allein im Ruhrgebiet sollen mit Familien um 600 000 Menschen angesiedelt werden. Allein im Ruhrgebiet werden Lasten von weit über sechs Milliarden Mark entstehen, davon fünf Milliarden nicht dauernde Werte infolge der herrschenden Teuerung, also ein gewaltiger Verlust, um eine gesteigerte Förderung an Frankreich zu ermöglichen. Die Siedelung geht, abgesehen von Mängeln der ersten Organisation, nicht flott von staten, weil es wegen des Kohlenmangels in Deutschland an Baumstoffen aller Art mangelt. Auch mangelt es an Geld. Da die erforderliche Hebung der Förderung nicht schnell genug durch Heranziehung neuer Arbeitermengen in die Kohlenbezirke mangels Wohnungsverhältnisse möglich war, entschlossen sich nach mühevollen Verhandlungen im Februar 1920 die Unternehmer und Arbeiter, statt der von letzteren schließlich gewünschten sechsständigen Arbeitszeit eine solche von 8 Stunden und 10 Minuten im Wege der Ueberbrückung auf sich zu nehmen, Ueberbrückungen, die mit 10 Prozent Zuschlag bezahlt werden. Wie Millionen Tonnen, die heute als Grundstock der monatlichen Lieferungen an die Entente angesehen werden kann, ist

ermöglicht durch die Ueberarbeit deutscher Bergleute.

deren Ernährungsstand nach vierjähriger Hungerblockade schlecht ist, deren Familien heruntergekommen, abgerissen sind. Wir fassen als Realisten auch die Möglichkeit ins Auge, daß wir Sie nicht davon überzeugen können, daß durch uns das Ausserletzte getan ist, so daß Sie zur Gewaltanwendung schreiten,

zur Befreiung des Ruhrgebietes.

oder dergleichen. — Selbst wenn dieser Gewaltakt mit Schwarzem ausgeführt werden sollte, bei deren Anblick als Träger öffentlicher Gewalt sich jedes Weissen und Deutschen Herz empört, so kann damit für Frankreich noch für Europa etwas genutzt werden. — Der jetzige Zustand europäischer Kohlennot, dem sonst etwa in drei Jahren abgeholfen werden könnte, wird in Permanenz erklärt und damit der Zustand wirtschaftlicher europäischer Ohnmacht wegen Rohstoffverknappung. Alle auf Europa fahrenden Schiffe werden

wtb. Allenstein, 10. Juli. Die Stimmung im Abstimmungsgebiet ist auf ihrem Höhepunkt. Man hofft auf einen glänzenden deutschen Sieg. In Osterode und Allenstein nahm fast die gesamte Bevölkerung an diesem Fest teil. Um irgendwelche Störungen der Abstimmungshandlung durch die Polen verhindern zu können, sind die nötigen Maßnahmen ergriffen worden.

wtb. Marienwerder, 11. Juli. Die Abstimmung verläuft durchaus ruhig. In Deutsch-Eylau wurden Polen, die Handgranaten bei sich trugen, verhaftet. Meldungen über Störungen der Abstimmung liegen nicht vor. Die Stimmung ist gut. Man ist bester Hoffnung. Das Abstimmungsergebnis wird nicht vor 11 Uhr abends bekannt sein.

Altenstein, 10. Juli. Die Vorbereitungen für die Abstimmung in Ostpreußen sind fast vollständig beendet. Gestern fand in Reidenburg ein deutscher Tag statt, an dem wie fast bei allen derartigen Veranstaltungen die gesamte Bevölkerung ein einmütiges Bekenntnis zum Deutschtum ablegte. Der Leiter der sozialdemokratischen Zentrale, Dr. Sonnenjchein-Berlin, hielt eine mit großer Begeisterung aufgenommene Festansprache. Heute finden außer in einer Anzahl kleinerer Orte deutsche Tage in Bischofsburg, Osterode und Allenstein statt. Aus dem Landkreis Allenstein kommen bereits seit frühem Morgen eine große Anzahl Festteilnehmer in die überaus reichgeschmückte Stadt. Leider wurde die Feststimmung in den letzten Tagen in Allenstein durch den Streik der städtischen Arbeiter beeinträchtigt. Der Streik ist ein reiner Lohnstreik und hat mit den Königsberger Ereignissen nichts zu tun.

mangels Kohlenaufschacht nur einseitig beladen sein. Eine unendliche Erschwerung hat die Kohlenfrage durch die gestrige Entscheidung in militärischen Fragen erhalten. Daraus werden Unruhen schlimmerer Art entstehen, die folgen an Produktionsausfall werden auf sie in erster Linie zurückfallen. Das Kohlenproblem auf dem Kontinent ist ein einheitliches. Die Ruhr und Oberschlesien sind nicht von einander zu trennen. Wir sind bereit, mit bestem Willen mit Ihnen zu überlegen, wie wir Ihnen schnell und gründlich helfen können. Ein

Diktat können wir nicht annehmen.

Dafür steht Ihnen nach unseren Vorleistungen auch auf Grund des Friedensvertrages das Recht nicht zur Seite. Aus sachlichen und rechtlichen Gründen sind die Punkte 1-4 Ihrer Kohlenentscheidung unannehmbar.

Polens Not.

Die polnische Front in Auflösung.

Den Polen geht es nach allem, was bekannt wird, herzlich schlecht. Von der bolschewistischen Armee heftig bedrängt, im Innern zerissen und uneins, geschloffen nur im wahnwitzigen, geradezu widernatürlichen Haß gegen das Deutschtum, weiß Niemand, wie lange sich der Staat aus eigener Kraft überhaupt noch zu halten vermag. Für Deutschland sind die Vorgänge im Osten in diesem Augenblick besonders bemerkenswert.

An neuen Nachrichten liegen uns folgende Meldungen vor:

Die Polen betteln um Hilfe.

wtb. Spaa, 10. Juli. (Havas.) In Anwesenheit von Marshall Foch hatte heute der polnische Ministerpräsident Grabski mit Lloyd George und Millerand eine wichtige Unterredung. Er ersuchte um die Intervention, damit das im Aufbau begriffene Polen nicht von den Bolschewisten erdrückt werde. Lloyd George und Millerand erklärten Grabski, daß es schwer halte, Polen materielle Hilfe zu leisten. Nach dem Petit Parisien wurde ein Vorschlag Grabskis, bei den Deutschen Munition kaufen zu dürfen, die zur Zerschlagung der polnischen Front bestimmt war, von den Alliierten abgelehnt. Da der Friedensvertrag von Versailles solche Abtretungen nicht erlaube, dagegen sind die französische, englische und die italienische Regierung bereit, in ihren Parlamenten die nötigen Schritte zu unternehmen, um eine Hilfeleistung für Polen zu erlangen.

Dünaburg von Bolschewisten besetzt.

wtb. Reval, 10. Juli. Nach hier eingegangenen Nachrichten sind die bolschewistischen Truppen südlich von Dünaburg bis zur litauischen Front vorgedrückt und haben die Verbindung zwischen der lettischen und der polnischen Front durchbrochen. Die litauische Regierung ist von den Bolschewisten erdrückt worden. Den Durchmarsch durch Litauen nach Polen zu gestatten, Dünaburg, das von lettischen Truppen nach Aufforderung der Polen besetzt worden war, wurde von den Letten geräumt und von den Bolschewisten besetzt.

Vor Wilna.

wtb. Rowno, 10. Juli. Nach einer Meldung der litauischen Telegraphen-Agentur, ziehen sich die Polen aus dem von ihnen besetzten Gebieten Litauens zurück. Wilna wird geräumt. Die litauischen Truppen sind bis auf 12 Km. vor Wilna angelangt. Die Russen stehen mit ihren Vorposten in der Nähe von Swencian.

Verzweifelte Lage der polnischen Armee.

wtb. Brüssel, 10. Juli. Havas-Reiter. Die Gesandtschaft der Tschecho-Slowakei veröffentlicht eine Depesche aus Prag, worin es heißt: Die Lage der polnischen Armee erscheint verzweifelt. Die polnischen Verwaltungsbehörden räumen Remberg und flüchten nach Krakau. In Galizien ist die allgemeine Mobilisierung für alle Männer zwischen 18 und 35 Jahren ohne Rücksicht auf die Nationalität angeordnet worden, was in den ruthenischen Landstrichen zu Unruhen führte. Dem Mobilisierungsbefehl wurde dort keine Folge geleistet. Teile der polnischen Armee sollen zu den Russen übergegangen sein.

Herford

Herford

Die Gen... 16 Tage täg... ihre Porten... zubauen. W... erforderte, w... Berge zu feh... sammengeho... dies in die... und dies zu... Lebhafte... mancherlei v... nicht gelnge... forder die W... die Wiederbel... Handels und... Zweck auch j... Was groß... dort nicht ge... Erfolg durchg... die am Anfan... kamteit der A... über deren A... Der Verei... Kar... Echi... rezn... bährt aller... verschiedentl... guten Endzw... Anstöß, den d... Luft gebracht... liches Gewerbe... Mögen sie we... geklärten Seg... damit sie der... mitgehen fönn... selbsten Bate...

Überall er... renpreise, und v... andere Zertifi... dem Zustand der... meisten Geschäft... gen vorzunehme... Geschäftswelt, de... höchsten Preisen... enorm gestiegen... Baltha die Abh... erreicht hatten... denpreis stieg... rend sie ihre W... bestellte Ware z... Lage immer une... nachdem die Wals... Rohstoffe, wie L... (Stach), zurück... dahin wäre es... nicht zu überst... dessen haben sich... Das ist am Vor... zu schweren Ent... daß allmählich d... Dies ist vollstän... umgefaßt den v... schon eine zehnte... die nicht selbst... den, so Baumholz... Umständen ist m... denpreis nicht... lange Zeit hinau...

— Ausge... m a n n, Balth... Kriegshilfe ver...

— Die S... verbürgt. In... Konjols sind, a... bahnen auf das... schubberatungen... geworden, daß... zugleich auch d... den aus der H... Preußen wird... bahnpverträge... Preußen hat al... der Landesber... des Gegengewicht... trages die selb... Schuld behalten... gläubiger, dere... werden dürfen... Da das Reich a... der preußischen...

— Wichtig f... Renten- und F... lingsbehörde. V... bande der Regi... tem Lage selbst... bestimmte Schu... Verzögerungen... Pensionsregelu... Zusatz „Regiern...

— Pachteil... der demokratisch... befragt, ob sie b... den durch die P... Ermächtigung d... unversüßliche G... steht der preußische...

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluss der Schriftleitung: Nr. 161.

12. Juli.

Zum Abschied.

Die Gewerbe- und Nahrungsmittelausstellung, durch 16 Tage täglich das Ziel Tausender von Besuchern, hat ihre Pforten geschlossen, und schon ist man eifrig tätig, abzubauen. Von dem Werk, das Monate zu seinem Aufbau erforderte, wird schon morgen abends nichts mehr auf dem Berge zu sehen sein. Was unter unendlichen Mühen zusammengeholt worden war, versinkt wieder in alle Winde; dies in die Fabriken, das in die Lager und Verkaufsräume und dies zu neuen Ausstellungen nach Berlin und München. Lebhaftige Tage hat Herford hinter sich. Es darf, trotz mancherlei, verschiedentlich nicht ganz undurchtuglicher Kritik nicht geleugnet werden, daß das, was der Verein Herford-Wirte ins Leben rief, als bedeutungsvolles Endziel die Wiederbelebung des ins Stocken geratenen heimatischen Handels und Wandels im Auge hatte und daß dieser Zweck auch zum guten Teil erreicht wurde.

Was große Städte, wie Essen, Dortmund und Düsseldorf nicht gewagt, Herford hat es unternommen und mit Erfolg durchgeführt. Aussteller sowohl wie Unternehmer, die am Anfang zum großen Teil selbst nicht an die Wirksamkeit der Ausstellung geglaubt, sind heute fast durchweg über deren Ausgang mehr wie befriedigt.

Der Verein Herforder Wirte und ganz besonders dessen klar urteilende und voraussehende Vorsitzenden, die Herforder Schirmmeister und den beiden rührigen Geschäftsführern, A. Hauer und E. Lers (nebst seiner Gattin) gebührt aller Dank. Die Mängel und Missetätigkeiten, die verschiedentlich hervorgetreten sind, müssen gegenüber dem guten Endzweck zurücktreten. Es steht zu hoffen, daß der Anstoß, den die Ausstellung Unternehmungsgeist und Kaufkraft gebracht hat, nicht erfolglos war, sondern daß heimatisches Gewerbe, Handel und Industrie davon Nutzen ziehen. Mögen sie weiter erfolgreich den Schwierigkeiten der ungetrübten Gegenwart und nächsten Zukunft gewachsen sein, damit sie dereinst einmal wieder den Weg des Aufstiegs mitgehen können, den wir unsern armen Volk und vielgeliebten Vaterlande von Herzen wünschen. R.

Preisabbau.

Überall erklingt heute ungesittet die Forderung, daß die Warenpreise, und vor allem die Preise für Manufaktur-, Leinen- und andere Textilwaren, beträchtlich herabgesetzt werden sollen. Unter dem Zwang der großen Geschäftstrockenheit haben sich bereits die meisten Geschäftsleute genötigt gesehen, erhebliche Preisermäßigungen vorzunehmen. Sie bedeuten zum Teil große Verluste für die Geschäftswelt, denn der Detaillist hat diese Waren zu hohen und höchsten Preisen kaufen müssen. Man bedenke, daß infolge der enorm gestiegenen Rohstoffpreise und der stark gestiegenen deutschen Währung die Rohstoffe in Deutschland einen sehr hohen Preisstand erreicht hatten, daß Baumwolle z. B. bis auf das 5fache des Friedenspreises stieg. Auch heute noch müssen die Detaillisten, während sie ihre Waren im Preise herabsetzen, den Fabrikanten früher bestellte Ware zu den teuersten Preisen abnehmen, wodurch ihre Lage immer unerträglicher wird. Ein Zurückgehen der Preise ist, nachdem die Währung ein wenig gestiegen ist und die Preise wichtiger Rohstoffe, wie Wolle, Baumwolle und Seide (weniger dagegen Flachs), zurückgegangen sind, auf die Dauer unaussprechlich, und daher wäre es auch gekommen, wenn man die Detaillisten jetzt nicht zu überhöhten, übermäßig billigen Verkäufen zwänge. In diesen haben sich im Zusammenhang mit den Preisrückgängen im Ausland Vorstellungen gebildet, die, wenn sie sich nicht ändern, zu schweren Enttäuschungen führen müssen. Man denkt vielfach, daß allmählich die Friedenspreise von 1914 wieder kommen könnten. Dies ist vollständig unmöglich. Immer noch hat die Mark erst ungefähr den zehnten Teil ihres früheren Wertes, wodurch sich schon eine gewaltige Verteuerung der Rohstoffpreise ergäbe, wenn diese nicht selbst immer noch weit über dem Friedensstande ständen, so Baumwolle noch ungefähr um das Fünffache. Unter diesen Umständen ist natürlich auf irgendwelche Annäherung an die Friedenspreise nicht zu denken, sondern die Preise werden sich noch auf lange Zeit hinaus hoch über den Friedenspreisen halten. M. W.

Auszeichnung. Dem Buchhalter Heinrich Giesele m. a. n., Walfertstraße 1 a, wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

Die Sicherheit der preussischen Konfols doppelt verbürgt. In bezug auf die Zukunft der preussischen Konfols sind, als der Übergang der preussischen Staatsbahnen auf das Reich sich vorbereitete, im Verlauf der Ausgabebesprechungen Besorgnisse unter dem Gesichtspunkte laut geworden, daß der preussische Staat mit den Eisenbahnen zugleich auch die reale Garantie für die fundierten Schulden aus der Hand gebe. Letzteres ist jedoch nicht der Fall. Preußen wird allerdings mit der Ausführung des Eisenbahnvertrages frei von dem bisherigen Schuldendienst. Preußen hat aber laut Erklärung des Finanzministers in der Landesversammlung auf Grund des Artikels 1 Nr. 2 des Gesetzentwurfs über die Durchführung des Staatsvertrages die selbstschuldnerische Bürgschaft für die fundierte Schuld behalten, und zwar sowohl im Interesse der Staatsgläubiger, deren wohlverworbene Rechte nicht geschmälert werden dürfen, wie im Interesse des Staatskredit selbst. Da das Reich als Hauptschuldner haftet, ist die Sicherheit der preussischen Konfols doppelt verbürgt.

Wichtig für Pensionäre, Offiziere und Heeresbeamte, Rentner und Hinterbliebenenempfänger. Die Pensionsregelungsbehörde 20 ist mit dem 23. Juni 1920 aus dem Verband der Regierung Minden ausgeschieden und seit diesem Tage selbständig. Für die Pensionsregelungsbehörde bestimmte Schreiben usw. müssen daher von jetzt ab, um Verzögerungen vorzubeugen, folgende Anschrift tragen: „Pensionsregelungsbehörde 20 Minden i. Westf.“. Der Zusatz „Regierung“ fällt fort.

Pachteinigungsämter. Vor einigen Wochen hat der demokratische Abg. Berghaus die preussische Regierung befragt, ob sie bereit ist, von der den obersten Landesbehörden durch die Pachtordnung vom 9. Juni erteilten Ermächtigung der Errichtung von Pachteinigungsämtern untergeordneter Gebrauch zu machen. Auf diese Frage hat jetzt der preussische Landwirtschaftsminister Braun folgende

Antwort erteilt: „Von der den obersten Landesbehörden durch die Pachtordnung des Reiches vom 9. Juni erteilten Ermächtigung hat Preußen unverzüglich Gebrauch gemacht und für sein Gebiet eine Pachtordnung aufgestellt. Mein die Materie regelnder Entwurf bedarf noch der Zustimmung der beteiligten Minister, die binnen kurzem zu erwarten ist. Es sind Vorbereitungen getroffen, um sofort nach dem Inkrafttreten der preuß. Pachtordnung die Pachteinigungsämter errichten zu können.“

Aus der Zigarrenindustrie. Man schreibt uns: Durch die Presse ging dieser Tage eine Notiz über Verhandlungen von einem vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Schlichtungsausschuß, der durch Schiedsrichter Teuerungszuschläge auf die Tariflöhne der Zigarrenarbeiter festgesetzt habe. Zur Ergänzung und zur Vermeidung von Mißverständnissen sei darauf hingewiesen, daß dieser Schiedspruch vorläufig nicht in Kraft tritt. Die den Arbeitgebern gestellte Frist für die Erklärung, ob sie den Schiedspruch annehmen oder ablehnen, läuft bis zum 15. Juli, und dann erst kann die Frage der Verbindlichkeit zur Erörterung gestellt werden.

Wo die Butter bleibt! Lange Gesichter machten am Freitag morgen die Bauernfrauen und -mädchen von Vellheim, Eisbergen und Umgebung, als sie, wie immer, unbefristet glauben den Bahnhof Deynhause n. S. S. passieren zu können. Das Glück war ihnen heute nicht hold, denn am Bahnhof wurden sie von der Deynhause Polizei in Empfang genommen. Eine der Frauen, welche zwei Körbe bei sich trug, suchte unter Zurücklassen des einen das Weite. Man untersuchte den Korb. Oben schauten einem ungeschicklich rothwangige Kirschen entgegen. Als man der Sache aber weiter auf den Grund ging, fand man unten ein Paket in der Größe eines Bauernbrotes, welches „nur“ 11 Pfund Butter enthielt. Es gelang an diesem Morgen ungefähr 28 Pfund Butter zu beschlagnahmen. Die Revision hatte sich also bezahlt gemacht. — Es ist nur zu bedauern, daß diese Revisionen im Interesse der Allgemeinheit nicht öfters stattfinden.

Bielefeld, 10. Juli. Die Stadtverordnetenversammlung hat nunmehr den städtischen Haushaltsplan für das Jahr 1920, der in Einnahme und Ausgabe mit 27½ Millionen Mark abschließt, endgültig verabschiedet. Der Fehlbetrag beläuft sich auf 21 672 562 M. Zu seiner Deckung sind eingelegt 12 377 562 M. Ueberweisung aus der Reichseinkommensteuer und 400 000 M. Anteil an der Warenumsatzsteuer, der Rest soll aufgebracht werden mit 1 895 000 M. aus einer besonderen Gemeindefiskalsteuer auf das Reicheinkommensteuereinkommen, wobei die Einkommen bis zu 10 000 M. steuerfrei bleiben, durch 460 v. H. Grund- und Gebäudesteuer, 640 v. H. Gewerbesteuer Kl. 1, 540 v. H. Klasse 2, 420 v. H. Klasse 3 und 4, 200 v. H. Betriebssteuer und schließlich durch Gebühren, Beiträge, Luftverkehrssteuer, die mit 750 000 M. eingelegt sind, und andere. Die Umlage der Realsteuer auf prozentualer Grundlage ist nur eine vorläufige, die endgültige Veranlagung soll erfolgen auf Grund einer noch zu beschließenden Grund- und Gebäudesteuer nach dem gemeinen Wert und einer besonderen Gewerbesteuer mit nach Betriebskapital und Ertrag gestaffelten Sätzen.

Vippische Freistaaten.

Bad Salzungen, 11. Juli. Bei der Neubohrung im Salzetal wurde in 367 Meter Tiefe eine Salzquelle erschlossen, die bei 20 Grad Celsius Temperatur und zirka 3 Proz. Chlornatriumgehalt 3000 Liter Wasser in der Minute schüttet und große Mengen Kohlenäure enthält. Man beabsichtigt, trotz dieses großen Erfolges, die Bohrung mit der Aussicht auf Erreichung einer größeren Quelltemperatur fortzusetzen.

Detmold, 11. Juli. Der Haupttag der markenfremden Abgabe von Fleisch, der Sonnabend, brachte den Schlachtläden einen wahren Ansturm von Käuflustigen. Außer Rind- und Kalbfleisch, für die die Preise für diese Woche auf 6,50 M. bzw. 5,50 M. festgesetzt waren, gab es auch in verschiedenen Läden Rotwurst, Leberwurst und sogar Mettwurst, alles in ausgezeichnetster Güte, da verschiedene Schlachtermister fette Schweine gekauft und verwurstet hatten. In einem Laden gab es sogar Spanierfel.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Wth. Friedrichshafen, 9. Juli. Heute vormittag machte das neueste und größte Luftschiff „L. 72“, das vor Ausbruch der Revolution von der Marineverwaltung in Auftrag gegeben und erst jetzt fertig gestellt worden ist, seine erste, glänzende verlaufene Probefahrt. Das Luftschiff muß in Bälde den Franzosen ausgeliefert werden.

Münster, 10. Juli. Aus Verdruss darüber, daß man ihm auf der Hanfserfahrt mehrere Pfund Fleisch abgenommen hatte, hat sich dieser Tage ein Invalide im Kanal ertränkt. Auf einem zurückgelassenen Zettel hatte er vermerkt, die am Ufer abgelegten Kleidungsstücke möge derjenige, der ihm das Fleisch abgenommen habe, nun auch noch nehmen.

Bochum, 10. Juli. Eine Belegschaftsversammlung der Zeche „Friedrichshagen“ beschloß einstimmig, in Zukunft keine Ueberführten mehr zu verfahren, da die lange Dauer der Unterernährung den Körper derart zerrütet habe, daß ihm eine solche Ueberarbeit nicht mehr zugemutet werden dürfe.

Bochum, 10. Juli. Die Ortsgruppe Bochum der unteren Post- und Telegraphenbeamten erklärt eine öffentliche Erklärung zugunsten des Verbleibens des Reichspostministers Giesberts in seinem Amt.

Wth. Bremen, 10. Juli. In der gestrigen Bürgerschaftssitzung wurde die Wahl des Senates vorgenommen. Es wurden je sieben Mitglieder der Demokraten und der Deutschen Volkspartei gewählt. Fünf Mitglieder des alten Senates wurden wiedergewählt. Die unabhängigen Sozialisten haben es abgelehnt, die Bildung in die Hand zu nehmen.

men, ebenso sich an der Einsetzung eines Geschäftsenates zu beteiligen. Die Mehrheitssozialisten haben gleichfalls die Beteiligung an einem Geschäftsenat abgelehnt, jedoch sich bereit erklärt, diesem die Erledigung des Staatshaushaltes parlamentarisch zu ermöglichen.

Wth. Leipzig, 7. Juli. Der 2. Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte heute gegen zwei tschecho-slawische Spione, den Gärtner Josef Bartel und den Ingenieur Robert Rhometto aus Böhmen. Beide hatten versucht, sich Nachrichten über unseren östlichen Grenzschutz, über Pulverfabriken usw. zu verschaffen. Bartel hat außerdem nach Erbrechen eines Befehlsmittels am 7. 8. 1919 beim österreichischen Konsul in Berlin drei Aktenbündel mit Mehrfachkopien urkunden gestohlen, während Rhometto sich noch des Vergehens gegen § 6 des Spionagegesetzes und der schweren Urkundenfälschung schuldig gemacht hat. Bartel wurde zu 1½ Jahren und Rhometto zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Dresden, 7. Juli. Seit einiger Zeit sind in Dresden mehr als 20 Fälle von Schlafkrankheit festgestellt worden. Es handelt sich dabei aber nicht um die Schlafkrankheit, wie sie in Afrika vorkommt, sondern um eine Begleiterkrankung der Grippe. Es treten dabei Störungen im Gehirn auf, die einen wochenlangen Schlaf verursachen. Die Patienten können nur zeitweilig geweckt werden, um Nahrung einzunehmen. Manchmal gelingt nicht einmal dies, so daß sie künstlich ernährt werden müssen. Typisch sind dabei große Schwächezustände. Die Krankheit hat auch infolge Hinzutretens von Augenentzündung zum Tode geführt. Die hier beobachtete Schlafkrankheit tritt nicht nur in Dresden auf, sondern ist über ganz Deutschland verbreitet. Besonders heftig ist Stuttgart davon betroffen.

Wth. Bielefeld, 7. Juli. In einem hiesigen Fort explodierten 10 Waggons Pulver. Der Erdboden wurde an vielen Stellen aufgerissen. In der Umgebung der Stadt wurden zahlreiche Fenster-scheiben eingebrochen. Da das Fort in Flammen steht, können weitere Explosionen erfolgen. Es ist unmöglich, sich dem Schauplatz zu nähern. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt.

Wth. Orleans, 6. Juli. Ein von Paris kommender Zug mit Bestimmung Nantes entgleiste am Montagabend nach Passieren des Bahnhofes Nivernais. Sechs Personen wurden getötet, eine große Anzahl verwundet.

Eine Viertelmillion am Fahrkartenschalter unterschlagen.

Berlin, 10. Juli. Der Anhalter Bahnhof hatte als Dienstempfänger den 19jährigen Kurt Anders beschäftigt. Am 30. Juni meldete er sich krank, und seitdem erschien er nicht wieder zum Dienst. Vor einigen Tagen stellte sich heraus, daß Anders am letzten Tage seines Dienstes die Tageskasse mit einem Betrage von etwa 105 000 M. nicht abgeliefert hatte; weitere Nachforschungen führten zu der Entdeckung, daß Anders auch durch Fälschungen in der Buchführung ziemlich erhebliche Betragsereien verübt hatte, die ihm im ganzen weit über 260 000 M. eingebracht haben. Anders ist flüchtig.

Raubüberfall auf einem Postamt.

Berlin, 11. Juli. Gestern abend entriß in dem Vorraum des Postamts B. 62 ein etwa 22jähriger Burche einem älteren Manne eine Aktentasche, in der 40 000 M. in barem Gelde enthalten waren und ergriff dann die Flucht. Als er sich von dem Postauswärtler Schmidt verfolgt sah, schloß er auf diesen und verletzte ihn schwer. In der Bülowstraße gelang es, den Räuber zu stellen und ihm die Beute abzunehmen.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	10 Juli		9 Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	1348,65	1351,35	1343,65	1344,65
Brüssel-Antwerpen	342,65	343,35	342,65	343,35
Christiania	631,35	635,35	628,35	630,65
Kopenhagen	636,85	639,15	631,35	633,15
Stockholm	854,15	855,85	844,15	845,85
Helsingfors	157,30	157,70	163,20	163,70
Wien	228,75	229,25	228,75	229,25
London	151,85	152,15	151,35	150,65
Remont	38,45	38,55	37,95	38,05
Paris	321,65	322,35	316,65	317,35
Schweiz	684,30	685,70	681,30	683,20
Soanen	618,85	618,14	611,90	613,10
Wien (alt)	21,47	21,53	21,87	22,03
do. (Deutsch-Öst. abgetemp.)	26,12	26,18	26,12	26,18
Prag	84,90	85,10	84,65	84,86
Batapest	23,57	23,63	23,57	23,63

Warenmarkt.

Berliner Produktenbörse vom 10. Juli.

Amlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse: Hafer per 1000 kg auf Abladung 2500—2460 ab Station. Tendenz matter. Nicht amlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 kg ab Station:

10. 7.	9. 7.	10. 7.	9. 7.
Stroh, gepr. 9 1/2-10 1/2	9 1/2-10 1/2	gebünd. 8-8 1/2	8-8 1/2
Stroh, gepr. 9 1/2-10 1/2	9 1/2-10 1/2	gebünd. 8-8 1/2	8-8 1/2
Stroh, gepr. 9 1/2-10 1/2	9 1/2-10 1/2	gebünd. 8-8 1/2	8-8 1/2
Stroh, gepr. 9 1/2-10 1/2	9 1/2-10 1/2	gebünd. 8-8 1/2	8-8 1/2
Stroh, gepr. 9 1/2-10 1/2	9 1/2-10 1/2	gebünd. 8-8 1/2	8-8 1/2
Stroh, gepr. 9 1/2-10 1/2	9 1/2-10 1/2	gebünd. 8-8 1/2	8-8 1/2
Stroh, gepr. 9 1/2-10 1/2	9 1/2-10 1/2	gebünd. 8-8 1/2	8-8 1/2
Stroh, gepr. 9 1/2-10 1/2	9 1/2-10 1/2	gebünd. 8-8 1/2	8-8 1/2
Stroh, gepr. 9 1/2-10 1/2	9 1/2-10 1/2	gebünd. 8-8 1/2	8-8 1/2

Ueber die Lage des deutschen Maschinenbaus berichtet der Verein deutscher Maschinenbauanstalten u. a.: Die allgemeine Abwärtsbewegung der Preise im In- und Auslande ist auch am heimischen Eisenmarkt nicht spurlos vorübergegangen. Das kann natürlich nicht als ein Erfolg des Eisenwirtschaftsbundes verachtet werden. Vielmehr hatten auch die Eisenpreise ihren Höhepunkt erreicht. Die Kaufkraft begann zu erlahmen. Die Verbraucher liefen Gefahr, nicht mehr wettbewerbsfähig zu bleiben. Ramentlich aber trat infolge des Steigens der Rohmaterialien und somit des Preisrückganges der ausländischen Erze mit ihrem hohen Anteil an unserer Erzeugung (ganz abgesehen von dem Rückgang der Erzepreise in Spanien) eine merkliche Verringerung der Gesehungskosten ein. Nun läge es aber ebensovornig im Interesse der Verbraucher wie der Erzeuger, wie überhaupt der gesamten Volkswirtschaft, wenn ein plötzlicher großer Preisrückgang einträte. Ein solcher müßte die schwersten Erschütterungen mit Zahlungseinstellungen, Zusammenbrüchen und Massenentlassungen von Arbeitern zur Folge haben.

Auf jeden Fall sind Flöchtigkeiten immer von Schaden für das Wirtschaftsleben, während allmähliche Anpassung — bei sich vorbereitenden Krisen — mildernd, ja vorbeugend wirken. Gerade hierin, und nicht etwa in einem unbedingten Hinarbeiten auf Preisherabsetzungen liegt zur Zeit die vornehmste Aufgabe des Eisenwirtschaftsverbandes, der sich nach drei Richtungen zu bewähren hat: Der Eisenwirtschaftsverband sollte auf Stetigkeit der Preise hinwirken. Der Eisenwirtschaftsverband sollte auf allgemeine Innehaltung der Preise hinwirken sowie auf pünktliche Lieferung zu den festgesetzten Preisen und Hebung der Erzeugung. Der Eisenwirtschaftsverband sollte für Klarheit und Einheitlichkeit in der Regelung der Preisfrage wirken; denn bisher gab es noch immer oberflächliche, rheinisch-westfälische (Eisenwirtschaftsbande) und Saarpreise.

Banken-Fusion. Zwischen der Nationalbank für Deutschland, Berlin, und der Deutschen Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Bremen, ist unter Vorbehalt der Zustimmung beider Generalversammlungen ein Vertrag zustande gekommen, auf Grund dessen eine Vereinigung beider Institute mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1920 ab erfolgt. Um die Gesellschaftsform der Kommanditgesellschaft auf Aktien für das vereinigte Institut zu erhalten, wird die Durchführung der Transaktion in der Weise vorgenommen, daß die Deutsche Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Bremen, ihr Kapital um 90 Millionen Mark erhöht und diese Aktien den Aktionären der Nationalbank für Deutschland zum Umtausch im Verhältnis von 1:1 anbietet. Außerdem wird das Kapital um weitere 18 Millionen Mark Aktien erhöht, die in festen deutschen Privatbesitz übergehen. Ein Angebot an die Aktionäre findet nicht statt. Das bei dem Verkauf der Aktien erzielte Kursagio deckt die Kosten der Transaktion. Mit der Vereinigung wird das Institut seinen Namen in „Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien“ ändern und seinen Sitz nach Berlin verlegen.

Die Eisen- und Stahlpreise werden voraussichtlich für August eine weitere Ermäßigung erfahren. Am 25. Juli tritt der Eisenwirtschaftsverband zu Beratungen über die Preisfrage zusammen und man nimmt in beteiligten Kreisen an, daß sich dabei eine Mehrheit für eine abermalige Herabsetzung der Preise am 1. August finden wird.

Die Lage des Ruhrkohlenmarktes. In der letzten Generalversammlung der Gewerkschaft Johann Deimelsberg wurde über die Lage des Ruhrkohlenbergbaues u. a. folgendes mitgeteilt: „Die Steigerung der Löhne sei zu einem gewissen Stillstand gekommen und auch die Preise der Materialien seien zurückgegangen, dagegen habe sich die Arbeitsleistung nicht weiter gehoben, sondern eher wieder verringert. Solange man nicht gesunde Lebensverhältnisse habe, sei mit einer dauernden Besserung der Lage nicht zu rechnen. Die wiederholte Steigerung der Kohlenpreise habe schließlich auch zu einem Ausgleich gegenüber den enorm gestiegenen Selbstkosten geführt, jedoch die Betriebsergebnisse sich gebessert hätten.“ Der Vorstand beschloß, die seit langem unterbrochene Ausbeutebezahlung wieder aufzunehmen und Ende Juli für das zweite Vierteljahr eine Ausbeute von 150 M für den Rug zu verteilen.

Beginnender Preisabbau in der Textilindustrie. Nach einer Drahtmeldung aus Halle teilen 30 Weimarer Geschäfte für Textilwaren mit, daß sie sich, obwohl in der Fabrikation bisher noch kein fühlbarer Preisnachlass eingetreten sei, dazu entschlossen haben, ihrerseits den Preisabbau zu beginnen. Da die Anzeige von Räumungsverkäufen reichsweit unzulässig ist, haben die Firmen mit der Staatsregierung von Sachsen-Weimar Fühlung genommen und bringen mit deren Einverständnis nunmehr zur öffentlichen Kenntnis, daß sie eine Herabsetzung der Preise vorgenommen haben.

Deutschlands Kohlenproduktion. Nach der amtlichen Statistik betrug im Mai 1920 ohne Saarrevier und Pfalz die Produktion an Steinkohlen 10 224 053 To. gegen 9 674 055 To. im gleichen Monat des Vorjahres einschließlich Saarrevier und Pfalz, an

Braunkohlen 8 704 737 (7 916 853) To., an Koks 2 059 589 (1 728 893) To., an Prestkohlen aus Steinkohlen 372 066 (328 386) To. und an Prestkohlen aus Braunkohlen 2 028 016 (1 613 297) To. Für die ersten fünf Monate des laufenden Jahres ergab sich im Vergleich zum Vorjahre folgende Produktionsziffer: Steinkohlen 50 938 756 (44 458 394) To., Braunkohlen 42 632 337 (36 423 296) To., Koks 9 557 844 (8 115 771) To., Prestkohlen aus Steinkohlen 1 799 149 (1 482 536) To. und Prestkohlen aus Braunkohlen 9 261 931 (7 438 729) To.

Günstige Aussichten der Zuckerebene. Unter den Witterungsverhältnissen, die östlich der Elbe reichlicher, in Mittel- und Westdeutschland meist nur mäßige Niederschläge brachten, erlitten die Feldarbeiten wohl ab und zu Unterbrechungen, doch waren diese aus meteorologischen Gründen nur selten von längerer Dauer, während in einigen von Streits und Unruhen besonders heimge suchten Bezirken (Pommern) die notwendige landwirtschaftliche Betätigung längere Zeit ruhen mußte. Mehr noch als in vielen anderen Zweigen des Wirtschaftslebens hängt bei der Zuckerverzuegung der Enderfolg davon ab, daß fortgesetzt intensiv und planmäßig gearbeitet wird. Bisher ist die Witterung verhältnismäßig günstig gewesen, so daß die Vesteuerung zeitig begonnen und die Feldarbeiten im allgemeinen glatt durchgeführt werden konnten. Allerdings gibt es Bezirke, die nicht ganz zufrieden sind, weil es, wie in Teilen von Mittel- und Süddeutschland, zeitweilig an Regen gekehrt hat. Auch kommen hier und da Klagen über Ungeziefer und Krankheiten vor; aber alles das hindert nicht daran, daß der Rübenstand im Durchschnitt vorläufig recht befriedigend oder gut genannt werden darf. Gibt es doch eine ganze Reihe von Bezirken, wo die Rüben nach dem uns bislang zugegangenen Untersuchungsergebnissen an Wurzel- und Blattgewicht selbst die gleichzeitigen Feststellungen des Jahres 1915 übertreffen. Günstig auf die Weiterentwicklung der Rüben wirken auch die verfloßenen beiden Wochen ein, zumal sie nach vorübergehender Abkühlung wieder zeitgemäße Erwärmung und letztlich auch in Mitteldeutschland verbreitete Regenfälle brachten. Allerdings hat die Insektenplage noch nicht überall genügt, um tiefer durchzudringen, aber von einer Dürregefahr kann bei der in den unteren Bodenschichten noch vorhandenen Winterruht, abgesehen von ganz vereinzelten Strichen, keine Rede sein. Nicht man ferner in Betracht, daß wahrscheinlich im kommenden Betriebsjahre der Zuckerebene weniger Rüben durch unmittelbare Verfüllung und Trocknung entzogen werden dürfen als in der Vorkampagne, so läge es durchaus im Bereiche der Möglichkeit, bei weiterhin förderlicher Witterung eine Zuckerverzuegung Deutschlands ins Auge zu fassen, die über eine Million Tonnen Rohwert hinausgehen könnte, vorausgesetzt natürlich, daß alle Rüben geerntet und auf Zucker verarbeitet werden, wie also von weiteren Arbeiterstreiks, Verkehrsstörungen, Kohlenmangel und ähnlichen, aus dem letzten Jahre ausgiebig bekannten unliebsamen Ereignissen verschont bleiben.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Anzeigenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

Ämtliche Bekanntmachungen

der Stadt Herford.

Kriegshinterbliebene

und zwar: Kriegerwitwen, Kriegereltern und Vormünder von Kriegsvollwaisen, welche Vorzuschulungen auf die ihnen nach dem Gesetz vom 12. Mai d. Js. zustehenden Versorgungsgeldern jetzt schon beanspruchen, werden ersucht, am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag dieser Woche im Rathause, Zimmer Nr. 79, vorzusprechen und ihre Stammkartenummer, wonach die bisherigen Versorgungs-

gebührrnisse auf dem Postamte abgehoben werden konnten, vorzuzeigen. Die Höhe der bisherigen Renteneinnahme ist hierbei anzugeben.

Herford, den 12. Juli 1920.

Fürsorgestelle

für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Ordnung über Anzeige und Feststellung des Durchschnittsergebnisses.

Auf Grund der Vorschriften der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 (R. G. Bl. S. 1028) wird für den Regierungsbezirk Minden angeordnet:

1. Führer von Drechsmaschinen, die im Auftrage eines anderen Getreide (Weizen, Gerste, Hafer) oder Gemenge, in dem sich Getreide befindet, ausdreschen, haben, bevor der Auftragsgeber die Früchte an sich nimmt, deren Gewicht durch Wiegen festzustellen und dem Auftragsgeber bei Beendigung des jeweiligen Drehschäftes eine Bescheinigung über das festgestellte Gewicht auszuhandigen. Der Empfänger hat die Bescheinigung bis zum 15. August 1921 aufzubewahren und sie auf Verlangen dem Gemeindevorsteher (Gutsbesitzer), den Polizeibeamten oder Beauftragten des Kommunalverbandes vorzuzeigen oder auszuhandigen. Die Bescheinigung ist durch die vollständige und richtige Ausfüllung des Vordruckes auf einem vom Kommunalverbande zu beziehenden Durchschreibeblock mittels Tintenstiftes zu bewirken, die gleiche, durch Durchschreibepapier hergestellte Bescheinigung verbleibt im Block. Der Block ist allmählich dem Kommunalverbande zu dem von ihm festgesetzten Zeitpunkte einzureichen. Neben dem Maschineneinführer haftet der Landwirt für die Richtigkeit der Durchschreibung.

2. Wer für sich selbst auf eigener Drechsmaschine oder auf andere Weise Früchte ausdrescht, hat unmittelbar bei Beendigung jedes Drehschäftes das Gewicht der erdroschenen Früchte unter Zuziehung eines großjährigen Zeugen durch Wiegen festzustellen und eine Bescheinigung darüber allmählich dem Kommunalverbande zu dem von ihm festgesetzten Zeitpunkte einzureichen.

Die Bescheinigung ist durch die vollständige und richtige Ausfüllung eines beim Magistrat erhältlichen Vordruckes mittels Tintenstiftes oder Tinte zu bewirken.

3. Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung kann der Drehschäftes geschlossen oder dem Landwirt das Recht der Selbstversorgung entzogen werden. Die erdroschenen, aber auf der Drehschäftes nicht mit angeführten Früchte gelten als verheimlicht und können als für die Reichsgetreidekasse verfallen erklärt werden.

4. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden gemäß § 80 Ziffer 12 der Reichsgetreideordnung vom 21. Mai 1920 (R. G. Bl. S. 1028) mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 M oder mit einer dieser Strafen geschahdet.

5. Die Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Minden, den 2. Juli 1920.

Der Regierungspräsident. Hagemeister.

Veröffentlicht!

Herford, den 10. Juli 1920.

Der Magistrat.

Ämtliche Bekanntmachungen

des Landkreises Herford.

Die Festeinheit für die Zeit vom 14. bis 20. Juli beträgt: a) für Versorgungsberechtigte 1. auf die Festeinheit 26 40 Gramm Butter zum Preise von 92 M, 2. auf die Festeinheit 27 200 Gramm Fett zum Preise von 5,60 M; b) für Selbstversorger: 75 Gramm Butter (eigener Erzeugung).

Herford, den 10. Juli 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Landkreises Herford.

Wohnungsänderung.

Tierarzt

Dr. med. vet. Schiebel,
Kornstrasse 39. Herford. Fernsprecher 408.



DRUCKEREI

FR. KUHLE
Herford, Rennstrasse 29-31, empfiehlt sich zur Lieferung allerfeinster Drucksachen für Handel, Industrie und Privatgebrauch. Spezialität: Druck von Broschüren, Prospekten, Katalogen in schwarz und bunt.

FERNRUF

83

In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleiderläuse.

Läuse

Brut (Niss.), Flöhe b. Mensch u. Tier. Eckold, pat. gesch. Mittel. Wand. unschädlich. Verkauf Herford: Friseur Schlemmer, Radewigerstrasse 33.

Brennholz

prima Buche, sowie Mischholz (Eiche, Birke, Kiefer), gesunde, trockene Ware, auf Dfenlänge geschnitten, täglich in jeder gewünschten Menge vorrätig, ab Lager, sowie frei Haus.

Buchen-Scheitholz

für Bäder ab Waggon zu Vorzugspreisen.

H. Wilke, Herford

Fernsprecher 489.

Diebroderstr. 8.

ehrlisches Mädchen

in allen Hausarbeiten durchaus erfahren, das schon in besseren Häusern gedient hat, für meinen kleinen Haushalt per sofort gesucht. Gute Behandlung u. sehr gute Vergütung zugesichert. Angebote mit Gehaltsanprüchen an Frau Hugo Huttenbeck, in Hagen i. W.



la neue
/ Vollheringe /
empfiehlt
Hermann Schmeyer.

Großer Ferkelverkauf.

Verkauf Dienstag, den 13. Juli, morgens 9 Uhr in meiner Stallung Petersilienstrasse 5, gegenüber Posten.

bessere
Ferkel
im Gewicht von 30-50 Pfund, zu billigen Preisen.
Adolf Berghausen.

Es peinigt Sie und läßt Ihnen keine Ruhe, besonders nachts, wenn Sie Hautjucken, Krätze, verschwindet aber innerhalb 2 Tagen nach dem Gebrauch n. Spezialpräparates Nr. 10 M. 8.25, zur Unterstützung dienen in Spezialtablets Nr. 3 Pat. M. 5.-, 3 Pat. M. 13.50.

Offene Beine
Kramphadern
geschwüre usw. befestigt mein „Mutter Olerin“ Kramphaderncrem M. 6.75 und 9.75. Samt. Präparate nur echt geg. Nachn. zuzüglich Porto u. Verpackung, vom

Laborat. Böwenhof 22
Dortmund 100.

Sie werden heute alles los!

Prüfen Sie Boden, Keller, Kammern, Schränke, etc. Sie finden noch brauchbare Gegenstände, die Sie billig verkaufen können, wenn Sie eine kleine Anzeige in der Herforder Zeitung begeben.

Schäferhund

hat unübertreffliche abzugeben. Landwirt Laukamp, Abmiete. 142.

Kollwagen

von 10-15 Ztr. Tragkraft, sofort zu kaufen gesucht. Anton Jortt, Mindenerstrasse 28, 1. Etage.

Zutierwaren

laufend gesucht. S. Rabbe, Bremen, Baumstrasse 62.

Lehrmädchen

sowie ein junges Mädchen zur Stütze gesucht. Conrad Lat & Co., G. m. b. H., Gehrenberg 3.

Buchen-Brennholz

vorrätig. Herberge zur Heimkehr, Rasthausstrasse 1.

Herford, den 9. Juli 1920.
Mindenerstrasse 95.

Heute abend 7 Uhr entließ sanft nach kurzer, schwerer Krankheit unser liebes, einziges Töchterchen

Irma

im Alter von 5 Jahren und 8 Monaten.

In tiefem Schmerz:

Heinrich Beimssohn und Frau

Frieda geb. Reinecke.

Die Beerdigung findet in aller Stille statt.

Letzter Johannisbeer-Verkauf

von heute bis Mittwoch.

Gartenbau-Lehranstalt, Stutenberg.

Holzschuppen

auf Abbruch zu kaufen gesucht.

Angebote unter Nr. 9065 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Näherinnen

für Arbeitshofen und Arbeitsjacken in und außer dem Hause sofort gesucht.

Westfälisches Textilwerk Erwin Seidel, Elverdissen.